

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz...

Verantwortlich für den Inzeratenthell: J. Klugkist in Posen.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung...

Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Dr. 212

Donnerstag, 24. März.

1892

Deutscher Reichstag.

201. Sitzung vom 23. März, 12 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Weingesetzes.

Abg. Dr. Bürklin (nl.): Ich bin im Wesentlichen mit den Bestimmungen des Entwurfs einverstanden...

Abg. Dr. Schuler (Str.): Ich bin leider nicht in der Lage, der zustimmenden Erklärung des Vorredners mich anzuschließen...

Abg. Schenk (Str.): Der Entwurf hat den großen Vorzug, daß er der öffentlichen Meinung entgegenkommt...

Die gesundheitspolitischen Vorschriften des Gesetzes haben für Deutschland zu wenig praktische Bedeutung...

daß der Verkauf unter unrichtiger Deklaration auch dann strafbar sein soll...

Ich hoffe und wünsche, daß das Gesetz zu Stande kommt, damit dem Weinhandel und Weinbau die Ruhe und Sicherheit...

Abg. Diez (Soz.): Meine Partei wird gegen das Gesetz stimmen. Es ist nicht gleichgültig, ob der Wein, den man kauft...

Abg. Dr. Bamberger (Str.): Ich gebe zu, daß die summarische Behandlung dieses wichtigen Gesetzes nicht wünschenswerth ist...

Daß der Wein mir nicht schade, dafür hat die Gesundheitspolizei zu sorgen, dafür daß er mir schmeckt, dafür habe ich selbst zu sorgen...

Nicht ganz so leicht wie Abg. Schenk lasse ich mit mir reden über § 7, wonach jeder bestraft wird, der einen verfehlten Wein unter einer Bezeichnung verkauft...

Mich wundert die Stellungnahme der Sozialdemokraten. Sie wollen einem Mann, der wenig bezahlen kann, die Augen mit Gewalt öffnen...

Es handelt sich einfach darum, ob wir eine Praxis, die gerade der Masse der kleinen Winzer vorteilhaft ist, aufrecht erhalten wollen oder nicht...

Für die Gesundheit soll die Polizei sorgen, alles Uebrige überlassen wir den Konjumenten. Das haben wir ja sogar bei dem Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung...

Staatssekretär v. Bötticher: Ich kann meine Befriedigung aussprechen, daß die Zahl der Ausstellungen so gering ist, sie werden in der Spezialberatung sich auch leicht erledigen...

mit unvermittelten Anschauungen zu thun zu haben. Der Vorwurf, daß die Regierung zu spät mit der Vorlage gekommen ist...

Abg. Sans (Str.) steht in dem Straußen gegen die Einführung des Deklarationszwangs den Beweis dafür, daß die öffentliche Meinung keineswegs für den Zuckerzusaß ist...

Abg. Dr. Lings (Str.) hätte gewünscht, daß vor allem eine Definition des Wortes „Wein“ gegeben wäre...

Abg. Menzer (L.) wünscht für seine Person gleichfalls Kommissionsberatung. Die Anschauungen über einzelne der hier in Betracht kommenden Fragen seien selbst in Interessentkreisen keineswegs so geklärt...

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Diese Zumuthung hat die Regierung dem Hause nicht gemacht. Will der Vorredner bis in den Juli hineinziehen, ich sitze mit.

Abg. Sulzsch (Rp.) spricht sich für das Gesetz und gegen die Kommissionsberatung aus. Man sollte mit dem Gesetz vorläufig einen Versuch machen...

Abg. Münch (Str.): Ich danke der Regierung, daß sie sich in der freien Kommission hat vertreten lassen; sie hätte es nicht gethan, wenn sie gedacht hätte, daß im Hause lauter Menzer sitzen...

Darauf wird der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt, die zweite Lesung aber zunächst ausgesetzt.

Es folgt die erste Beratung des Nachtragsetats (weitere zwei Millionen für die Beschickung der Weltausstellung in Chicago).

Abg. Samhammer (Str.) ist mit der Einbringung des Nachtragsetats einverstanden und beantragt Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Bachem (Str.) wünscht die Entsendung kaufmännischer Beiräte zur Unterstützung des Reichskommissars für die Weltausstellung in Chicago.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher rechtfertigt die Höhe der geforderten Summe mit dem großen, erfreulichen Umfang der Beihilflichkeit der deutschen Industrie und auch der Landwirtschaft an der Weltausstellung...

Abg. Dr. Sammacher (nl.) erklärt seine Zustimmung zu dem Nachtragsetat, erhofft aber von einer Kommissionsberatung weitere Informationen. Redner appelliert an den Pfaffen auch der großen Industrien, deren eigenes Interesse die Beschickung der Ausstellung nicht nöthig mache...

Abg. Goldschmidt (Str.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an und fordert die Industriellen auf, sich nicht allein auf die Regierung zu verlassen...

Abg. Dr. Bachem (Str.) richtet an die Regierung die Anforderung, sparsam zu verfahren.

Abg. Samhammer (Str.) erwidert, daß die Art und Einzelheiten der Ausstellung Sache der Kaufleute und nicht der Regierung sei. Die Sparbarkeit des Abg. Bachem hänge wohl schon mit dem neuen Kurse zusammen.

Der Nachtragsetat wird hierauf der Budgetkommission überwiesen.

Es folgen Petitionen. Ueber Petitionen zur Reform der Personentarife in der Richtung ihrer Herabsetzung beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen...

vom preussischen Eisenbahnminister im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen.

Abg. Dr. Krause (Hr.) glaubt, daß man die Petitionen der Regierung wenigstens als Material übergeben müßte, und stellt einen dahingehenden Antrag. Habe doch der preussische Eisenbahnminister selber erklärt, daß er ein Interesse an der Berücksichtigung und Vereinfachung der Tarife habe. Die Erfahrungen in den Nachbarländern legen der Regierung die Pflicht auf, seine Prüfung dieser Ergebnisse vorzunehmen. Die Ergebnisse des Zonenarfs in Oesterreich und Ungarn verdienen das größte Interesse. Die Vorschläge, welche in den Petitionen gemacht werden, seien doch wenigstens so beachtenswert, daß man sie nicht einfach durch Uebergang zur Tagesordnung erledigen kann. Die Bitte der Handlungsfreisenden um Vergünstigungen bei der Benutzung der Eisenbahnen könne doch nicht von vornherein abgewiesen werden.

Abg. Dr. Sammacker erklärt, daß die Ueberweisung der Petitionen als Material nur ein etwas höflicheres Begründungsbeweis als der Uebergang zur Tagesordnung. Da der Antrag Krause aber in keiner Weise präjudiziere, so wolle er für denselben stimmen.

Abg. Münch (Hr.) erwidert, daß die Freisinnigen die Ueberweisung als Material nur deswegen beantragen, weil die Sache hier schon oft zur Erörterung gelangt sei.

Abg. v. Schalscha (Hr.) spricht sich gegen jede Verbilligung der Personentaxe aus, die von moralischem und erzieherischem Standpunkt aus verderblich wirken würde.

Abg. Dr. Krause hält im Gegentheil Erleichterung des Verkehrs durch eine Reform der Tarife für einen Kulturfortschritt.

Das Haus beschließt dem Kommissionsantrage gemäß; ebenso eine Petition wegen Erweiterung der Rechte der Innungen.

Als Material werden sodann der Regierung überwiesen: Petitionen wegen Abänderung des Prozeß- und Gerichtskosten-gesetzes.

Eine Petition der freien Vereinigung der Berliner Gewerbetreibenden um Beschränkung der Rechte der Innung in der Heranziehung der Richtungsmitglieder zu Kosten der Innungszwecke beantragt die Kommission der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Goldschmidt beantragt Ueberweisung der Petition an den Reichskanzler zur Berücksichtigung und führt zur Begründung aus, daß die Innung kaum ein Drittel aller Gastwirthschaften umfasse, und daß die Einrichtungen derselben zwar kostspielig, aber durchaus nicht so gut und sachgemäß seien, als die der freien Gastwirthsvereine.

Abg. Sahn (Hr.) beantragt nach den Ausführungen des Vorredners Zurückweisung der Petition an die Kommission.

Abg. Goldschmidt widerspricht diesem Vorschlage, da die Sache dann bei dem nahen Schluß der Session ganz ins Wasser fallen würde.

Der Antrag Sahn wird trotzdem angenommen. Petitionen, betreffend die Beschränkung der Freizügigkeit minderjähriger Personen beantragte die Kommission als Material zu überweisen.

Dieser Antrag wird angenommen, nachdem ein Antrag Rickert auf Zurückweisung der Petitionen an die Kommission abgelehnt worden ist.

Ebenso wird ein Antrag auf Abänderung des § 6 b des Unfall-Versicherungsgesetzes der Regierung als Material überwiesen.

Eine Petition um reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungs-Rechts, namentlich in Bezug auf die Verhältnisse in Mecklenburg, beantragt die Kommission, der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Rickert (Hr.) beantragt die Ueberweisung zur Berücksichtigung, da es sich hier um die Forderung handelt, einen Artikel der Verfassung zur Ausführung zu bringen. Die Konser-vativen scheinen freilich am liebsten die Tagesordnung beschließen zu wollen. Die Forderung der Petenten wird schon seit langem erhoben, und wir haben bereits einmal eine Resolution in diesem Sinne gefaßt. Aber wir haben noch keine Antwort bekommen. Es kommen überhaupt Dinge in Vereinsachen in den Einzelstaaten vor, die eine reichsgesetzliche Regelung des Vereinswesens nothwendig machen. Wird doch sogar in Hamburg jede antisemitische Versammlung verboten auf Grund eines alten Gesetzes. Hier muß Remedur getroffen werden.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Der Senat in Hamburg habe sich zur Zurücknahme des Verbots veranlaßt gesehen, da die Antisemiten es verstanden hätten, das Verbot wirkungslos zu machen. Darauf wird der Antrag Rickert angenommen.

Petitionen betr. Gewährung von Entschädigungen für die an Milzbrand verendeten Thiere werden dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen, sowie zur Berücksichtigung die Petition eines Fabrikbesizers um die Gestattung der zollfreien Einfuhr von Nugholz.

Das Haus vertagt sich sodann auf Donnerstag 12 Uhr (Weingesez, Rechnungssachen, Wahlprüfung Möller, Petitionen). Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 23. März, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Haus nimmt Kenntniß von den Petitionen, die von der Kommission zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet sind, und beräth darauf Petitionen.

Ueber eine Petition um Steuerfreiheit für undenaturirten Branntwein zur Vertheilung von Eau de Quinine beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Halberstadt (Hr.) beklagt sich über die Verschiedenheit der Behandlung in der Steuerfreiheit bezüglich des Spiritus von Brillantine und Eau de Cologne steuerfrei lasse, für die Herstellung von Eau de Quinine aber die Steuerfreiheit nicht gelten lasse. Es handle sich hier doch nicht um ein Genussmittel. Redner stellt den Antrag, die Petition zur Erwägung zu überweisen.

Das Haus beschließt unter Ablehnung des Antrages Halberstadt dem Kommissionsantrage gemäß.

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt das Haus ferner: Petitionen wegen Errichtung eines Eisenbahnhaltepunktes in Reizby, wegen Zulassung zur Pachtzinsfreiheit im Kurischen Haff, wegen Abänderung des Reglements für die außergerichtlichen Auktionsskommisare.

Als Material für die Gesetzgebung werden der Regierung überwiesen die Petition eines Standesbeamten um Anrechnung der Militärdienstzeit der Militäranwärter bei der Pensionierung, um Erlaß eines Gesetzes zur Haftung für Viehmängel.

Die Dampfbahn-Gesellschaft beantragt, ihren Antrag auf staatliche Genehmigung der Konvertirung ihrer umlaufenden Prioritätsobligationen den Ministern der öffent-

lichen Arbeiten und der Finanzen zur Berücksichtigung zu überweisen. — Die Petitionskommission empfiehlt Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.

Abg. v. Bredow (Konf.) empfiehlt dagegen Uebergang zur Tagesordnung.

Geh. Rath Lehmann erklärt, daß die Regierung die Genehmigung zur Konvertirung versagt habe, weil ein öffentliches Interesse dafür nicht anzuerkennen sei.

Die Abg. Krause (nl.) und Reichle (lib.) betonen dagegen, daß man ebenso wie dem Staate auch den Privaten gestatten müsse, den Einfluß der Lage des Geldmarktes anzupassen.

Darauf wird der Kommissionsantrag gegen die Stimmen der Konser-vativen angenommen.

Ueber eine Reihe von Petitionen wegen Gehaltsverbesserung und Pensionsgewährung geht das Haus gemäß dem Kommissionsbeschlusse zur Tagesordnung über.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr (Kirchengesetz, kleinere Vorlagen, Bergesezknobelle).

Schluß 2 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 23. März, 1 Uhr.

Nach Annahme des Entwurfs betr. Entschädigung für an Milzbrand gefallene Thiere tritt das Haus in die Beratung der **Terriärbahnvorlage** ein.

Minister Thielen begründet dieselbe damit, daß in Bezug auf die Bahnen unterster Ordnung der Staat bisher zurückgeblieben sei, daß es an Bestimmungen über das Verhältnis zu den Neben- und Vollbahnen fehle und ebenso über die Kontrolle über die mit dem Betriebe verbundenen Gefahren.

Graf Frankenberg bedauert, daß für die Ausführung nicht die Selbstverwaltung, die in der Anlage von Verkehrsstraßen so Gutes geleistet, in Anspruch genommen sei.

Hr. v. Stumm wünscht eine Erklärung dahin, daß kein Stillstand im Bau von Sekundärbahnen erfolgen werde.

Minister Thielen erklärt, daß die Regierung auch weiterhin sich die Erweiterung des Sekundärbahnnetzes angelegen sein lassen werde.

Der Entwurf wird an die um 5 Mitglieder verstärkte Eisenbahnkommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Polizeikostengesetz).

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 23. März. Die Ernennung des Grafen Eulenburg zum preussischen Ministerpräsidenten kann jetzt wohl als Thatsache gelten, obwohl bis zur Stunde noch nicht zuverlässig bekannt ist, daß der Kaiser seine Uebereinstimmung mit den Vorschlägen bekundet hat, die ihm Graf Caprivi heute wiederholt mündlich vorgetragen hat. Die Annahme, daß Graf Eulenburg das Ministerpräsidium antreten werde, stützt sich zunächst darauf, daß nur allein mit ihm ernsthaft verhandelt worden ist, und daß diese Verhandlung nicht geführt worden wäre, wenn der Kaiser nicht seine Ermächtigung dazu gegeben hätte, daß Graf Caprivi sich nach einem Nachfolger umsieht. Sie stützt sich ferner darauf, daß bei dem bestimmten Entschluß des Kaisers, den Grafen Caprivi als Reichskanzler nicht gehen zu lassen, und bei der ebenso bestimmten Weigerung Caprivis, das Ministerpräsidium beizubehalten, die Aemtertrennung der gegenwärtig einzige, obwohl immer bedenklich bleibende Ausweg ist. Ueber die Person des neuen Kultusministers wird die letzte Entscheidung offenbar erst fallen, sobald Graf Eulenburg Ministerpräsident geworden sein wird. Es ist selbstverständlich, daß der neue Chef des preussischen Ministeriums bei der Berufung des neuen Kultusministers gehört werden muß und in gewissem Sinne den Ausschlag zu geben hat. Graf Eulenburg wird Ministerpräsident sein, ohne ein besonderes Ressort zu übernehmen. Es ist das eine Neuerung in unserer Aemterorganisation. So lange wir keinen Norddeutschen Bund und kein Deutsches Reich hatten, war der preussische Ministerpräsident immer zugleich Minister der auswärtigen Angelegenheiten. In der kurzen Zeit während des Jahres 1873, wo der Kanzlerposten und das Ministerpräsidium getrennt wurden, war Graf Roon, der damalige Ministerpräsident zugleich Kriegsminister. Es läßt sich hiernach vorstellen, daß Graf Eulenburg sein neues Amt nicht angetreten haben wird, ohne sich der erforderlichen Garantien zu vergewissern, die ihm nöthig erscheinen müssen, damit seine Amtshätigkeit nicht gar zu dünn werde, nicht allzu sehr in der Luft schwebt. Es ist nur die Frage, ob er diese Garantien auch erhalten hat. Beim Zuschnitt der preussischen Kollegialverfassung des Ministeriums giebt erst das Ressort denjenigen Machtumfang, der sich im gesammten Ministerium in politischen Einfluß umsetzen läßt. Je höher dieser Umkreis von amtlichen Funktionen ist, desto ansehnlicher erscheint die Machtsphäre des betreffenden Ministers. Von jeher haben deshalb die Minister des Innern und der Finanzen die Hauptwirkung auf den Gang der Politik üben können, wosfern sie nur die rechten Männer dazu waren, während es bisher noch nicht erlebt worden ist, daß etwa der Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten eine tonangebende politische Rolle gespielt habe. Nicht einmal Herr v. Lucius, der begabteste Chef, den dieses Ministerium bis heute gehabt hat, ist dazu im Stande gewesen. Graf Eulenburg wird hiernach so gut wie Alles seiner eigenen Persönlichkeit zu danken haben, wenn es ihm gelingt, sich als preussischer Ministerpräsident ebenbürtig neben dem Reichskanzler zu halten. Die Bürgschaften, die ihm etwa als angemessen erscheinen könnten, um seiner Ministerpräsidentenschaft größere Fülle zu geben, würden sich doch wohl nicht so leicht herstellen lassen. Gerade beim Amtsantritt Caprivis wurde hervorgehoben, daß jetzt eine ganz neue Zeit beginnen würde. Jetzt erst sollten die Ressortminister mit der ganzen ungebrochenen und ungehemmten Arbeitskraft hervortreten können, und aus dem edlen Wettstreit, wer das Meiste und Beste leiste, würden Land und Bevölkerung politisch wie materiell den größten Gewinn ziehen. Unsere Herren Minister haben das naturgemäß sehr gern gehört, und sie haben sich darauf eingerichtet. Wäre es nicht so, dann hätte Graf Zedlitz nicht diese unselige Schulgesetvorlage ein-

bringen können. Wird jetzt Graf Eulenburg Ministerpräsident ohne Portfeuille, dann könnte er es nach dem Gesagten unter Umständen ziemlich ungemüthlich finden, wenn er nicht der Mann dazu wäre, sich auch ohne ein bestimmtes Ressort durchzusetzen. Seine Vergangenheit spricht sehr für ihn als selbständigen Charakter und als Mann von eigenen Ideen. Gewiß ist er ein sehr konservativer Herr, aber er hat etwas von jenem staatsmännischen Sinn, der nicht im einseitigen Parteitreiben aufgeht, und er überragt von dieser Seite her unendlich weit den Herrn v. Puttkamer, der sich als Minister stets nicht anders, denn als ein in die Staatsregierung delegirtes Mitglied der konservativen Fraktion betrachtet hat. Graf Eulenburg ist am meisten bekannt aus jener berühmten Szene im Herrenhause (im Februar 1881), wo Fürst Bismarck durch den Geheimrath Rommel aus dem Handelsministerium den Minister des Innern durch eine gegen ihn gerichtete Erklärung in unerhörter Weise desavouirte. Graf Eulenburg hatte seine Zustimmung zu einem Beschluß des Abgeordnetenhauses ertheilt, wonach im neuen Kompetenzgesetz die Aufsicht des Staates über die Landgemeindevverwaltung nicht durch Landrath und Regierungspräsident, sondern durch Kreis- und Bezirksauschuß erfolgen sollte. Der Minister empfahl die Annahme dieser vom Abgeordneten-hause getroffenen Aenderung auch dem Herrenhause. Dagegen nun erklärte sich Fürst Bismarck durch Herrn Rommel, und die ungewöhnliche Szene führte zum Rücktritt des Grafen Eulenburg, obwohl der Reichskanzler und Ministerpräsident in zwei längeren Reden im Herrenhause einzulernen versuchte, zuletzt sogar als Mitglied des Herrenhauses für denselben Paragraphen stimmte, den er vorher in so eigenthümlicher Weise bekämpft hatte. Graf Eulenburg ist auch in der Bismarckkrise als möglicher Nachfolger des Fürsten genannt worden. Daß seine politische Laufbahn mit dem Posten des Oberpräsidenten von Hessen-Nassau abgeschlossen sei, haben die Unterrichteten niemals geglaubt.

Der Kaiser hat am Mittwoch in Jagdschloß Hubertusstock wieder einen Vortrag des Grafen Caprivi entgegengenommen. Ueber die Rückkehr des Kaisers nach Berlin ist noch nichts bestimmt. Nach dem „Berl. Tagebl.“ leidet der Kaiser an einem leichten Lungenemphysem, das er sich während eines Ausfluges nach dem Grunewald zugezogen. Diese Erkrankung hat zeitweilig leichte asthmatische Anfälle im Gefolge.

Zu einer Kaiserreise nach Spanien wird nach einer kleiner Meldung der „Köln. Volksztg.“ die Nacht „Sobenzollern“ am 5. April in Dienst gestellt.

Graf Zedlitz ist durch Graf Caprivi mündlich mitgetheilt worden, daß der Kaiser seine Entlassung angenommen hat. Die schriftliche Ausfertigung der Entlassung soll zugleich mit der Ernennung des Nachfolgers geschehen. Graf Zedlitz ist am Mittwoch von der Kaiserin empfangen worden.

Als Nachfolger für den Kultusminister wird jetzt in erster Reihe der Oberpräsident von Westfalen, Herr Studt, genannt.

Studt ist, so schreibt die „Frei. Ztg.“, Bureaurat, weiter nichts. Er war vor seiner jetzigen Stellung Unterstaatssekretär im Elsaß und sollte einmal Unterstaatssekretär im Kultusministerium werden. Die Sache zerschlug sich aber, weil Studt ein geringeres Einkommen bezogen haben würde. Der Vater des Herrn Studt, früher Rechtsanwält in Schwelm, lebt in Charlottenburg und rechnet sich der freisinnigen Partei zu. Der Herr Sohn aber hat mit freisinnigen Anschauungen nichts gemein.

Zur Charakteristik der gegenwärtigen Situation fügt die „Frei. Ztg.“ noch hinzu, daß man vielfach erzählt und auch glaubt, zum Nachfolger des Herrn Studt als Oberpräsident von Westfalen sei Herr v. Schorlemer-Alt bestimmt. Die Zentrumsparthei bedürfte nothwendig eines Pflasters auf die Wunde, welche ihr mit dem Scheitern des Volksschulgesetzes geschlagen worden ist.

Die Ministerkrise scheint bereits auf die Denunzianten gekommen zu sein. „Kreuzztg.“ und „Reichsbote“ sind eifrig bemüht, den Kaiser als das Opfer „unehrlicher Rathgeber“ zu kompromittiren, wobei die „Kreuzztg.“ die Vorlast braucht, sich die Herren v. Helldorf, Hr. v. Manteuffel u. s. w. vom Leibe zu halten, indem sie behauptet, die Leute, die sie meine, seien nicht Mitglieder der konservativen Partei. Nun, muthig ist das gerade nicht. Die gute „Germania“, die „eine tiefe Verstimmung der christlich gläubigen Volksmehrheit, welche sich minder gewerthet sieht, als die Minderheit des Unglaubens und Halbgläubens und daher an die energische zielbewußte Fortsetzung einer christlich-konservativen Politik nicht mehr glaubt“, als Folge der Krisis bezeichnet, hat andere Schmerzen. Graf Eulenburg, der preussische Gesandte in München, hat sich einer einseitigen Berichterstattung über die Wirkung der neuen Schulgesetvorlage in Bayern schuldig gemacht. Er hat zu Ungunsten derselben berichtet und gerade sein Urtheil soll in Berlin viel gewirkt haben. Die „Germania“ insinuiert, sie kenne die Quellen des Grafen Eulenburg und hält es für wünschenswert, daß derselbe aufgefordert würde, die Quellen und die Thatsachen noch einmal zu prüfen und dann von Neuem zu berichten. Uns überrascht der Bericht des Grafen Eulenburg nicht. Er konnte sich doch nicht bei den Kammerpatrotten, den Herren Daller und Gen. über die Wirkung des Volksschulgesetzes auf die öffentliche Meinung in Bayern unterrichten und seine Studien in den Salons des päpstlichen Nuntius in München zu machen, konnte ihm bei der dort üblichen spärlichen Berpflanzung nicht wohl zugemuthet werden.

München, 23. März. Zur Kanzlerkrise melden die nationalliberalen „Neuesten Nachr.“ auf Grund von Erfundigungen, daß die bayerischen maßgebenden politischen Kreise sie sehr ernst nehmen. Ihre Entstehung und ihr Verlauf sei nebelhaft und unbegreiflich. Die hochgradige Täuschung beider Minister über die Wirkung der Schulgesetvorlage und die starre Haltung der konservativ-kerikalischen Mehrheit habe die Absicht des Grafen Zedlitz, den Entwurf nach der ersten Ausschüßung umzuarbeiten, vereitelt. Die Krise sei für die Parteilichung im Reichstage und preussischen Landtage folgenreich. Das stark enttäuschte Zentrum werde zur Opposition übergehen, wodurch die Bildung einer zuverlässigen Mehrheit für die Regierung fraglich werde. Das Scheitern Caprivis würden die befreundeten Mächte und Bundesstaaten auf das Lebhafteste bedauern. Caprivis Bleiben werde noch immer erhofft, doch gelte als eventueller Nachfolger Waldersee, trotz der Einwendung gegen ihn, daß er als Generalstabschef die äußere Politik lediglich vom rein militärischen Standpunkte betrachte.

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. März. An direkten Steuern von der ländlichen Bevölkerung liefen im Jahre 1891 insgesamt 84 881 299 Rubel ein, während dieselben auf 114 603 768 Rubel veranschlagt waren; die wirklichen Einnahmen somit 74,1 Prozent des Veranschlags. Ein Mehr gegenüber dem Veranschlag weisen nur die Einnahmen in den polnischen Gouvernements auf, wo die Steuern auf 3 711 617 Rubel veranschlagt waren, in Wirklichkeit aber 3 769 449 Rubel ergaben. Im europäischen Rußland erbrachten die wirklichen Einnahmen 71,8 Prozent, im Kaukasus 99,6 Prozent des Veranschlags. An direkten Steuern von den anderen Ständen gingen im Jahre 1891 insgesamt 19 888 975 Rubel ein, während dieselben auf 19 185 714 Rubel veranschlagt waren. Im Vergleich mit dem Finanzjahre 1890 blieben die zuletzt aufgeführten Steuern im Jahre 1891 in den wirklichen Einnahmen erheblich hinter den Veranschlag zurück.

Der „Regierungsbote“ meldet, daß die vom Ministerium betroffenen Gouvernements bis in den Mai hinein mit Nahrungsmitteln versorgt seien. (?) Schwierigkeiten bei der Verpflegung der Bevölkerung während der im Frühlinge herrschenden Begehrigkeit seien demnach ausgeschlossen. (?) Auch die Versorgung der Bauern mit Saatfrucht für die nächste Aussaat sei sichergestellt. Die Gouverneure berichten, daß die Bestellung der den Bauern gehörigen Felder in Folge der jüngst getroffenen Maßnahmen zur Fütterung des Zugviehs und zur Hilfeleistung beim Acker sich glatt abwickeln werde. (?) Für diese Maßnahmen habe das Ministerium des Innern circa 4 Millionen Rubel bewilligt.

Graf Leo Tolstoi scheint doch in Rußland nicht ganz so unbehelligt zu bleiben, wie es kürzlich in einer Petersburger Mittheilung der „Köln. Ztg.“ behauptet wurde. Wie der „Kreuztg.“ nämlich aus Petersburg gemeldet wird, ist der Einzelverkauf aller in den letzten neun Monaten erschienenen Aufsätze des Grafen Tolstoi laut einer Verfügung des Ministers des Innern, die sämtlichen Polizeiverwaltungen in der Provinz zugegangen ist, verboten worden. — Graf Tolstoi selbst veröffentlicht in einem russischen Blatte jetzt folgende Erklärung:

„Ich habe an englische Zeitungen keine Briefe geschrieben. Der mir zugeschriebene Auszug ist ein durch doppelte Uebersetzung aus dem Russischen ins Englische und aus dem Englischen ins Russische sehr verändertes Schriftstück, das aus einem Artikel für eine Moskauer Monatschrift stammt, welcher zwar von mir geschrieben, aber nicht veröffentlicht wurde. Die Stelle dagegen in dem Artikel der „Moskauer Ztg.“, welcher hingestellt war, als der von mir geäußerte Gedanke, wie ein Volk handeln solle, um sich vom Hunger zu befreien, ist eine vollständige Erfindung. In dieser Stelle benutzte der Verfasser meine Worte, um einen mir ganz fremden und meinen Uebersetzungen zuwiderlaufenden Gedanken auszudrücken.“

Griechenland.

Die Verhältnisse in Griechenland sind noch gänzlich ungeklärt und dabei ernst, nicht nur in finanzieller, sondern auch in politischer Hinsicht. Der König wird nicht allein auf seine alljährliche Sommerreise verzichten, sondern auch den Feierlichkeiten anlässlich der goldenen Hochzeit des dänischen Königs-paares nicht anwohnen. Selbst der offiziösen „Pol. Corr.“ wird aus Athen mitgeteilt, daß, abgesehen davon, daß das Gesetz, betreffend die Einsetzung einer Regentenschaft, von der Kammer nicht mehr formell erledigt wurde, der König eine längere Abwesenheit, welche gerade während des Wahlkampfes oder unmittelbar nach demselben erfolgen würde, angesichts der politischen Lage nicht für angezeigt erachte. Es heißt, daß die übrigen Mitglieder der königlichen Familie diesem Beispiele sich anschließen und auf die geplanten Sommerreisen verzichten werden. Die Königin sollte Ende April nach Petersburg, das Kronprinzenpaar etwas später nach England sich begeben. Zu denken gibt es auch, daß gerade jetzt der Kommandant der Armeedivision von Athen, General Navromichaelis, beurlaubt wurde und daß Kronprinz Konstantin dieses Kommando übernommen hat.

Vermischtes.

Nach amtlicher Ermittlung des Arbeitsministeriums sind seit dem Jahre 1852 in belgischen Zechen 18 Entzündungen schlagender Wetter erfolgt, bei denen mehr als 20 Bergarbeiter um das Leben gekommen sind. Bei diesen 18 Grubenunfällen sind 1107 Bergarbeiter getödtet worden. Die jetzt stattgehende neunzehnte Katastrophe, welche 165 Arbeiter das Leben gekostet hat, ist die umfangreichste, welche Belgien getroffen hat. Im Jahre 1879 sind in der Zechen Agrappe durch schlagende Wetter 121 Arbeiter getödtet worden; mehr Opfer hatte bis jetzt kein Unfall gekostet. Bei der jetzt stattgehenden Katastrophe ist für 33 Wittwen und 255 Waisen nebst andern hilflos Gewordenen Sorge zu tragen.

Großartige Pläne hat der bekannte Geheimrath Boch in Mettlach, deren Ausführung für Saar-Louis von unberechenbarem Vortheil sein würde. Der Saar-Louis-Bahnhof liegt gegenwärtig etwa 1/2 Stunde von der Stadt entfernt und die Verbindung wird durch einen Hotel-Omnibus unzureichend hergestellt. Herr Boch beabsichtigt nun einen eigenen Schienenstrang von seiner Fabrik Wallerfangen nach der Bahnstrecke Trier-Saarbrücken zu legen und diesen dicht an der Stadt vorbei zu führen. Saar-Louis soll dann, was vor Schleifung der Festung unmöglich war, in unmittelbarer Nähe einen Bahnhof erhalten. Die gewaltigen Kosten des Unternehmens, zu dessen Durchführung der Bau zweier eiserner Brücken über die Saar notwendig wird, will Herr Boch zum weitestgehenden Theile selbst tragen. Die Niederlegung der Festungswerke schreitet nur sehr langsam vorwärts, da die Stadt das nötige Geld zur Erwerbung des umfangreichen Festungsterrains nicht aufbringen kann.

Frau Betty Stuard, die bekannte preisgekürnte Schönheit von Spa, ist gestern in Altona in dem an der Hamburger Grenze belegenen großen Konzert-Etablissement „Flora“ zum ersten Male als Löwenbändigerin, und zwar mit Erfolg aufgetreten. Die Frau erschien inmitten eines großen, elektrisch erleuchteten, auf der Bühne errichteten Rund-Räfigs in einem grünen Phantasie-Kostüm. Zwar bemerkten Näherstehende am Schluß der etwa viertelstündigen Vorstellung, daß die Hände mit der starken Peitsche leise zitterten, aber im Ganzen geborchte die Löwin ihrer Meisterin, der ein Stallmeister beigegeben worden war, auf den geringsten Wink oder Laut. „Velle Helene“, wie Frau Stuard das 4-jährige, bei Hagenbeck dressirte Thier genannt hatte, ist eine mittelgroße Löwin, die zwar einige Male zähnefletschend ihre Herrin angrinzte, aber ein zahmes Thier ist. Die Vorführung zeigte den bekannten „Mitt des Löwen zu Pferde“, wie man ihn aus dem Zirkus kennt. Tusch und lang anhaltender Beifall belohnten die neueste „Arbeit“ der Löwenbändigerin.

Der Geld Monte Carlo war in den letzten Wochen Robert Peel, ein Sohn des berühmten englischen Ministers. Er spielte mit unerhörtem Glück am Roulette sowohl die Tante als Quarente, und verheißte nicht, daß durch den Spielgewinn sein Guthaben bei dem Kredit-Bonnais binnen einem Monat von einigen Hundert auf 16 000 Pfrl. (320 000 M.) angewachsen sei. Die Spielbank sorgte nach Kräften dafür, daß diese Thatfache allgemein be-

kannt wurde, denn die Kunde von einem großen Gewinn lockt immer ganze Scharen neuer Spieler nach Monte Carlo. Am vorigen Dienstag beschloß Mr. Peel abzureisen, nachdem er in einem Telegrammaustausch mit seiner Braut den Tag ihrer Hochzeit festgesetzt hatte. Er ließ sich über sein Guthaben einen Check auf die Bank von England ausstellen und löste sein Billet nach London. Die Stunden vor seiner Abreise brachte er in dem Spielsaale zu, wo ihm Fortuna eine so treue Freundin gewesen war. Er setzte auch einige Louis und — verlor, verlor in einem fort. Es währte nicht lange, so hatte ihn der Spielteufel wieder völlig übermannt. Binnen zwei Tagen war er seine 16 000 Pfrl. bis auf die letzte Guinee los. Dabei brauchte ihm die Spielbank nicht einmal die Helmreise zu bezahlen, denn das Billet nach London hatte er ja schon gelöst.

Lothales.

Vofen, den 24. März.

Dr. **Im königl. Marien-Gymnasium** ist die Abiturientenprüfung, zu welcher sich 14 Oberprimaner gemeldet haben und welche gestern Mittwoch, den 23. d. Mts. stattfinden sollte, verschoben worden und wird erst am Dienstag und Mittwoch nächster Woche, am 29. und 30. d. Mts. abgehalten werden.

Telegraphische Nachrichten.

München, 23. März. Der bayerische Eisenbahnrat hat die Einheitspreise für Kohlen-Petroleum, Erdöl-Benzin und Mineraltheer aus Rumänien ermäßigt, zu der Uebertragung der österreichisch-ungarischen Getreide- und Mehltarife auf die bayerische Inlands-Routen seine Billigung ausgesprochen, ferner das Aufheben des preussischen Staffeltarifs für Getreide und Mühlenfabrikate gefordert und die Ausdehnung des preussischen Staffeltarifs für den Thüringer und Nürnberger Waarenexport auf den bayerischen Bahnstrecken mit 17 gegen 3 Stimmen abgelehnt, wofür die Exporttarife nach Belgien und Holland, sowie über Stromumschlagplätze nicht gleichartig dem nach den Reichsbahnen herabgesetzt wurden. (Kammer der Abgeordneten.) Bei der Beratung des Postetat's wünschte Abg. Sartorius die Erlaubnis zum Umtausch der württembergischen Postmarken sowie der Reichspostmarken an den bayerischen Schaltern. Ministerpräsident v. Crailsheim erklärte, es sei kein Bedürfnis hierfür vorhanden.

Stockholm, 23. März. Der Reichstag berieth heute den Antrag der Regierung, die Zahl der Mitglieder der ersten Kammer auf 150 und diejenige der Mitglieder der zweiten Kammer auf 225 festzusetzen. Die erste Kammer nahm den Vorschlag der Regierung mit 84 gegen 43 Stimmen an, die zweite Kammer nahm zunächst nur den ersten Paragraphen betreffend die Mitgliederzahl der ersten Kammer mit 121 gegen 96 Stimmen an und wird die Beratung in einer Abend-sitzung fortsetzen.

Rom, 23. März. In dem Prozeß gegen Cipriani und Genossen wegen Theilnahme an den Unruhen am 1. Mai hat der Staatsanwalt heute sein Plaidoyer beendet. Gegen 6 Angeklagte wurde die Anklage zurückgenommen, gegen alle anderen beantragte der Staatsanwalt verschiedene Strafen, gegen den deutschen Studenten Körner 18 Monate Einschließung.

Athen, 22. März. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Goldtermingeschäfte verboten werden.

Berlin, 24. März. Die „Kreuztg.“ vernimmt, der Kaiser genehmigte gestern das Entlassungsgesuch des Kultusministers in einem überaus huldvollen Handschreiben, worin er gleichzeitig den Wunsch ausdrückte, Graf Zedlitz möge auch künftig dem Staate seine Dienste zur Verfügung stellen.

Angekommene Fremde.

Vofen, 24. März.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer), Rittergutsbesitzer Major v. Hellborn und Nichte a. Gomarzewo, Regierungsrath Bernich a. Pofen, Direktor Rohbe a. Vodenbach, Baumeister Kemwirth a. Hamburg, Ingenieur Heise a. Berlin, Privatier Schmäling a. Elbing, die Kaufleute Karzeboom a. Hannover, Scheppermann a. Lautersweiler, Küßel a. Offenbach, Hornyd a. Darmstadt, Schürpf a. Frankfurt a. M., Grüttner a. Leipzig, Taspenstein a. Flensburg, Schlor a. Dresden, Richell a. Krefeld.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Thalwitzer aus Stettin, Bohß a. Glogau, Veit. Briese a. Lubosin, Frau Schmidt a. Breslau, Gutsbesitzer Berger a. Schrimm, Diätar Kleimert a. Gnesen, die Rittergutsbesitzer v. Breza a. Wiczkowice, Graf Plater a. Breslau, Kreis-Schultheiß Dr. Hiffer a. Kempen, Kaufm. Schmidt a. Berlin.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufm. Winkelmann, Wolfsohn, Schmidt, Kutzvych, Friedländer, Jaac und Dralle a. Berlin, Repler a. Breslau, Schmidt a. Offenbach, Ruzschbach a. Stuttgart, Henschel a. Großenhain, Schneider a. Basel, Spanier a. Krefeld, Torda und Thiele a. Leipzig, Herrmann a. Pforzheim, Tamborini a. Magdeburg, Franke a. Nürnberg, Holz-händler Westphal a. Schults, Gutsbesitzer Abramowski a. Vöbau, die Ingenieure Fride und Langhoff a. Berlin, Frau Schmoberff und Tochter a. Polmar i. P.

Theodor Jahns Hotel garni. v. Koscielski, Chrobot, Tuszewski und Stowronski a. Wollstein, Gutsverwalter Verndt a. Gwiazdowo, Propst Ceminiski a. Jeletz, Inspektor v. Podewils a. Chrypnik, die Kaufm. Wildner a. Dresden, Ledermann a. Berlin, Fischer a. Frankfurt, Böcher a. Koburg.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Die Kaufleute Rudnack und Bernik a. Breslau, Fr. Steinberg a. Breslau, Zuder und Grünthal a. Berlin, Kierke a. Kofen, Schmidt a. Sprottau, Ingenieur Ulrich a. Neufals, Kaufm. Vandauer a. Danzig, Regier.-Baumeister Teichmann a. Glogau, die Kaufleute Kühnel a. Breslau, Przhylski a. Thorn.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Homberger a. Wiesbaden, Kinkelis a. Berlin, Ottheim a. Elberfeld, Direktor Rober a. Berlin, Postdirektor Hering a. Halle, die Kaufm. Seidermann a. Stuttgart, Friedmann a. Tremenzen, Direktor Zimmermann a. Rath's-Dammis, Kulturtechniker Wellnitz a. Rogalen.

Marktberichte.

Breslau, 23. März. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo — Get. — Extr. abgelaufene Ründigungscheine —, p. März 209,00 Gd. p. April-Mai 207,00 Br. Hafer (p. 1000 Kilo) p. März 145,00 Br. Rübsil (p. 100 Kilo) p. März 53,00 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Proz.) ohne Faß: erel 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe gekündigt —, Liter, p. März (50er) 59,70 Gd. März (70er) 40,20 Br., April-Mai 40,70 Gd. Juli-August 42,30 Br. August-September 42,30 Br. Zinf. Ohne Umtas. Die Börsenkommission.

Am 22. d. M., Abends 9 1/2 Uhr, verschied sanft unser

herzensguter Gatte und Vater,

der Amtsgerichtssekretär

Julius Melke

in Krotoschin.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 26., Nachmittags 3 Uhr statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Meteorologische Beobachtungen zu Pofen im März 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
23. Nachm. 2	757,9	SW stürmisch	halbbetter	+ 6,7
23. Abends 9	758,3	N mäßig	better	+ 2,5
24. Morgs. 7	758,9	NNW schwach	zieml. better	+ 0,8

Am 23. März Wärme-Maximum + 7,5° Cels.

Am 23. = Wärme-Minimum — 1,4° =

Wasserstand der Warthe.

Pofen, am 23. März Morgens 2,48 Meter.

= = 23. = Mittags 2,50 =

= = 24. = Morgens 2,58 =

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 23. März. Schwächer. Neue Proz. Reichsanleihe 84,60, 3 1/2 Proz. L.-Pfandbr. 96,70, Konfol. Türken 19,45, Türk. Vooje 76,00, 4 Proz. ung. Goldrente 92,10, Bresl. Distontobank 92,25, Breslauer Wechselbank 94,40, Kreditaktien 170,40, Schles. Bankverein 108,90, Donnermarkt 77,00, Flöther Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 120,00, Oberschles. Eisenbahn 51,50, Oberschles. Portland-Zement 91,50, Schles. Cement 125,00, Oppeln. Zement 98,80, Schles. Dampf. C. —, Kramka 117,50, Schles. Zinkaktien 188,25, Laurahütte 110,75, Verein. Oelfabr. 88,75, Oesterreich. Banknoten 171,90, Russ. Banknoten 205,10, Oestl. Cement 98,50.

Frankfurt a. M., 23. März. (Schlußkurse.) Fest, still. Lond. Wechsel 20,417, 4 Proz. Reichsanleihe 106,70, österr. Silberrente 80,20, 4 1/2 Proz. Papierrente —, do. 4 Proz. Goldrente 94,90, 1860er Vooje 123,50, 4 Proz. ungar. Goldrente 92,00, Italiener 87,50, 1880er Rüssen 92,40, 3. Orientanl. 64,30, unifiz. Ägypter 96,90, konv. Türken 19,50, 4 Proz. türk. Anl. 83,40, 3 Proz. port. Anl. 25,70, 5 Proz. serb. Rente 77,70, 5 Proz. amort. Rumänier 96,80, 6 Proz. konfol. Mexik. 80,40, Böhm. Westb. 301 1/2, Böhm. Nordbahn 155,10, Franzosen 245 1/2, Galizier 180 1/2, Gotthardbahn 133,60, Lombarden 74, Rübend-Büchen 142,00, Nordwestbahn 179 1/2, Kreditaktien 264, Darmstädter 124,70, Mittelb. Kredit 94,70, Reichsb. 148,60, Dist.-Kommandit 178,90, Dresdner Bank 131,50, Pariser Wechsel 81,166, Wiener Wechsel 171,75, serbische Tabaksrente 78,20, Bochum. Gußstahl 109,00, Dortmund. Union 53,50, Harpener Bergwerk 135,50, Siberia 122,90, 4 Proz. Spanier 58,80, Mainzer 109,00.

Privatdiskont 1 1/2 Proz. *) per comptant. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 264 1/2, Dist.-Kommandit 179,10, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Staatsbahn —, Nordb. Lloyd —, Türken 19,70.

Wien, 23. März. (Schluß-Kurse.) Auf ausländische Börsen sehr fest, Kreditaktien und Bahnen bevorzugt, die letzteren auf das Gerücht von beabsichtigten Tarifierhöhungen bei den Staatsbahnen lebhafter, Valuta matt.

Oesterr. 4 1/2 Proz. Papier 94,12 1/2, do. 5 Proz. 102,85, do. Silber 93,45, do. Goldrente 110,75, 4 Proz. ung. Goldrente 107,40, 5 Proz. ungar. Papier 101,95, Länderbank 203,10, österr. Kreditakt. 309,12 1/2, dng. Kreditaktien 342,00, Wien. St.-B. 112,50, Elbethalbahn 229,25, Galizier 210,75, Lemberg-Czernowitz 244,50, Lombarden 84,25, Nordwestbahn 209,00, Tabaksaktien 163,75, Napoleons 9,43, Marknoten 58,12 1/2, Russ. Banknoten 119 1/2, Silbercoupons 100,00, Bulg. Anleihe 101,00.

Paris, 23. März. (Schlußkurse.) Träge. 3 Proz. amortisirte Rente 97,77 1/2, 3 Proz. Rente 96,35, 4 1/2 Proz. Anl. 105,55, Italien. 5 1/2 Proz. Rente 87,55, österr. Goldr. 95 1/2, 4 1/2 ungar. Goldr. 92,00, 3. Orient-Anl. 65,93, 4 Proz. Rüssen 1889 92,95, Ägypter 487,18, konv. Türken 19,75, Türkenloose 73,25, Lombarden 203,75, do. Prioritäten 290,00, Banque Ottomane 547,00, Panama 5 Proz. Obligat. 15,00, Rio Tinto 458,10, Tab. Ottom. 349,00, Neue 3 Proz. Rente 96,22, 3 Proz. Portugiesen 25 1/2, Neue 3 Proz. Rüssen 75,81.

Petersburg, 23. März. Wechsel auf London 99,50, Russ. II. Orientanleihe 102 1/2, do. III. Orientanleihe 102 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 264 1/2, Petersburger Distontobank 530, Warschauer Distontobank —, Petersb. internat. Bank 451, Russ. 4 1/2 Proz. Bodenkredit-Pfandbriefe 148 1/2, Große Russ. Eisenbahn 250, Russ. Südwestbahn-Aktien 117 1/2, Privatdiskont —.

London, 23. März. (Schlußkurse.) Fest. Engl. 2 1/2 Proz. Confol's 95 1/2, Breuß. 4 Prozent. Confol's 106, Italien. 5 Proz. Rente 86 1/2, Lombarden 8 1/2, 4 Proz. 1889 Rüssen II. Serie 92 1/2, konv. Türken 19 1/2, österr. Silber. 79, österr. Goldrente 95, 4 Proz. ungar. Goldrente 91 1/2, 4 Prozent. Spanier 59, 3 1/2 Proz. Ägypter 90 1/2, 4 Proz. unifiz. Ägypter 96 1/2, 4 Proz. gar. Ägypter —, 4 1/2 Proz. Tribut-Anl. 95, 6 Proz. Mexik. 82, Ottomantank 11 1/2, Suezaktien —, Canada Pacific 89 1/2, De Beers neue 13 1/2, Blaudiskont 1 1/2.

Rio Tinto 18 1/2, 4 Proz. Rupees 68 1/2, 5 Proz. Argent. Gold-Anleihe von 1886 64, Argentin. 4 1/2 Proz. äußere Goldanleihe 32 1/2, Neue 3 Proz. Reichsanleihe 84 1/2, Silber 40 1/2. Aus der Bank flossen 50 000 Pfd. Sterl. nach Rio de Janeiro.

Buenos-Ayres, 22. März. Goldagio 249.

Rio de Janeiro, 22. März. Wechsel auf London 11 1/2.

Produkten-Kurse.

Köln, 23. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,00, do. fremder loco 23,50, per März 20,10, per Mai 20,25, Roggen hiesiger loco 23,00, fremder loco 24,75, per März 21,25, per Mai 21,25, Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —, Rübsil loco 57,00, per Mai 54,40, per Oktober 54,40. — Wetter: Bedeckt.

Bremen, 23. März. (Kurse des Effekten- u. Makler-Vereins, 5 Proz. Nordb. W.-Kammerlei- und Rammgarne-Spinnerei-Aktien — Br., 5 Proz. Nordb. Lloyd-Aktien 93 bez.

Bremen, 23. März. (Börsen- u. Schlusbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Faß-30 ltr. Schwächer. Octo 6,15 Br. Baumwolle. Fester. Upland middl., loco 35 1/2 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Termindlieferung, März 35 Pf., April 35 Pf., Mai 35 1/2 Pf., Juni 36 Pf., Juli 36 1/2 Pf., August 37 Pf. Schmalz. Fest. Wilcox 35 Pf., Armour 34 1/2 Pf., Koch — Pf., Fairbanks 30 1/2 Pf. Speck hort clear middl. Rubig. 33 Br.

